

Motion Fachstelle OeME

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

Am 15. April 2016 ist beim Kirchenrat eine Motion (datiert vom 1. März 2016) eingegangen. Erstunterzeichner ist der Synodale Hans Peter Niederhäuser, Weinfelden; 10 weitere Synodale haben mit unterzeichnet.

Antwort und Antrag des Kirchenrates:

Die Motion nimmt Bezug auf die Interpellation, die in der Synode vom 30. November 2015 diskutiert worden ist. Die Anliegen sind weitgehend dieselben. Die ausführliche Antwort, die der Kirchenrat auf die Interpellation gegeben hatte, soll hier nicht wiederholt werden. Sie ist integraler Bestandteil der vorliegenden Antwort auf die Motion.

<http://www.evang-tg.ch>

→Downloads→Synode→Synode 2015→Synode vom 30. November 2015→Trakt. 11

Der Motionär fragt im Zusammenhang mit der damaligen Antwort des Kirchenrates: „Kann das Bedürfnis als Begründung für die Existenz einer Fachstelle massgebend sein?“ Der Kirchenrat ist der Meinung, dass das Bedürfnis sehr wohl ein wichtiges Kriterium für die Schaffung einer Stelle sein muss. Die Thurgauer Landeskirche hat, im Vergleich zu andern Schweizer Landeskirchen, sehr wenige kantonalkirchliche Fachstellen. Soweit sie nicht direkt nach aussen wirken (z.B. Erwerbslosenberatung) verstehen sie sich als Dienstleister an den Kirchgemeinden und orientieren sich an deren Bedürfnissen. Die Thurgauer Landeskirche hat im Unterschied zu vielen andern Kantonalkirchen keine direkten Steuereinnahmen, sondern bezieht jeden Franken von den Gemeinden. Ressourcen, die auf kantonalkirchlicher Ebene benötigt werden, fehlen auf Gemeindeebene. Schon aus diesem Grund muss das Bedürfnis der Gemeinden wegleitend sein und sind Verdoppelungen (z.B. die Werbung via Hilfswerke direkt und in derselben Sache via dazwischengeschaltete kantonalkirchliche Stelle) zu vermeiden.

Die Diskussion über die Interpellation im November 2015 hat als wichtiges Ergebnis die Erkenntnis hervorgebracht, dass im Engagement der Kirche nicht mehr Inland und Ausland strikte getrennt werden kann. „Die Welt kommt zu uns“ (vgl. auch Schwerpunktartikel im Jahresbericht 2015, Seite 17). Die Verordnung über „Ökumene, Mission, Diakonie und Entwicklungszusammenarbeit“ (ÖMDE, KGS 10.1) sieht richtigerweise das Anliegen von Diakonie und ÖME in derselben Thematik. Das lässt sich immer weniger trennen: Gehört das Engagement für Flüchtlinge zur Diakonie oder zu ÖME? Ist die Hilfe an Migranten, sich hier gesellschaftlich und kirchlich zurechtzufinden, eine Sache der verantwortlichen Person von „D“ oder von „ÖME“? Und wohin gehört die Vermittlung von Auslandsaufenthalten in Länder des Südens?

Möglicherweise ist § 5 in der genannten Verordnung etwas gar eng formuliert, wenn ausdrücklich davon die Rede ist, dass die Synode Stellen im Bereich Diakonie schafft, nicht aber im Bereich der übrigen Themen von ÖMDE. Im Zusammenhang

mit der Ausgestaltung der noch vakanten 50% der Diakoniestelle ist es denkbar, dass der Kirchenrat an die Synode gelangen wird und für den zweiten Teil der Stelle ein grösseres Pensum beantragt und dabei diakonische, kirchliche oder missionarische Anliegen, die im In- und Ausland angegangen werden sollen, aufnimmt. Falls nötig, würde der Kirchenrat eine Änderung von § 5 der genannten Verordnung beantragen. Einige der von den Motionären genannten Anliegen könnten in diese Stelle einbezogen werden.

Damit der Kirchenrat in dieser Hinsicht weiter arbeiten kann, beantragt er aber, die Motion nicht für erheblich zu erklären. Denn sie verlangt ausdrücklich „Bericht und Antrag zur Schaffung einer Fachstelle Oekumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit“ und fällt damit hinter die zukunftsweisende Optik der Verordnung zu ÖMDE zurück. Zwar ist im Motionstext von einer möglichen Personalunion die Rede. Aber gerade ein sauberes Durchdenken der neuen Situation, die sich durch die Migration ergibt, muss einen Schritt weiterführen und nicht Diakonie und ÖME-Anliegen trennen (um sie dann allenfalls wieder durch dieselbe Person zusammenzuführen).

Der Kirchenrat ist seit der letzten Synode nicht untätig geblieben. Er hat, im Blick auf die grossen gesellschaftlichen Veränderungen, die auch die Kirche betreffen, entschieden, in der zweiten Jahreshälfte 2016 Hearings zu den brennendsten Themen durchzuführen. Darin eingeschlossen sind Themen von Diakonie und ÖME so gut wie Themen der Kirchentwicklung. Er hat seine Absicht, zusammen mit der Veröffentlichung der Ressortverteilung im Kirchenrat ab 1. Juni 2016, in der März-Ausgabe des Kirchenboten (S. 12) bekannt gegeben und im Jahresbericht 2015 (Seite 19) präzisiert. Er erhofft sich von diesen konsultativen Gesprächen Klarheit darüber, was zurzeit am dringendsten ist und auch was die Akzeptanz der kirchlichen Gremien auf Gemeinde- und Landeskirkenebene findet.

Die Finanzlage der Landeskirche ist derzeit gut. Eine gewisse Erhöhung der Stellenprozentage der auf kantonalkirchlicher Ebene Tätigen wäre wohl verkraftbar. Und es ist nicht zu bestreiten, dass der Kirchenrat bei seiner derzeitigen Stellendotation nicht beliebig viel Arbeit in Kommissionen (strategisch und operativ) wahrnehmen kann. Wo die Schwerpunkte künftig genau gesetzt werden sollen, ist allerdings offen. Ein Erheblich-Erklären der Motion würde jetzt schon eine Weichenstellung vornehmen, die möglicherweise später rückgängig gemacht werden müsste. Auch darum beantragt der Kirchenrat, die Motion nicht für erheblich zu erklären. Er wird aber bei seinen Überlegungen zur Kirchenentwicklung allgemein und zu den Themen von ÖMDE die Anliegen der Motionäre bedenken.

Antrag

Der Kirchenrat beantragt der Synode, die „Motion Fachstelle OeME“ nicht für erheblich zu erklären.

Frauenfeld, 18. Mai 2016

Der EVANG. KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU